

Klare Haltung der BDP zum CO2-Gesetz

BDP duldet keine Aufweichung der Energiewende

In der bevorstehenden Wintersession wird der Nationalrat das CO2-Gesetz beraten. Die BDP wird sich dabei mit aller Kraft dafür einsetzen, dass den offensichtlichen ökologischen Herausforderungen Rechnung getragen wird. Mit der Energiestrategie 2050 hat die Schweiz eine ordentliche Energiewende aufgegleist, die auch von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern gutgeheissen worden ist. Die BDP wird nicht dazu beitragen, dass diese Weichenstellung abgeschwächt wird.

Die BDP steht für eine bürgerliche Politik, die Verantwortung für die kommenden Generationen übernimmt. Sie hat sich deshalb schon im Jahr 2011 als erste bürgerliche Partei für einen geordneten Atomausstieg engagiert. Seither hat die Notwendigkeit nach greifigen und glaubwürdigen Massnahmen zugenommen, und die Auswirkungen des Klimawandels werden auch im Alltag zunehmend spür- und sichtbar, beispielsweise auch in der Landwirtschaft.

Die bevorstehende Totalrevision des CO2-Gesetzes darf diese Entwicklungen nicht ignorieren und muss sich unter anderem an den Zielvorgaben des Pariser Klimaabkommens orientieren. Auch in der Schweiz besteht ausreichend nicht ausgeschöpftes Potenzial, beispielsweise im Gebäudebereich oder bei der Mobilität. Die BDP sieht dabei immer auch die wirtschaftlichen Chancen, gerade für einen innovativen Standort wie die Schweiz. Die Wirtschaft braucht dafür klare Rahmenbedingungen und Anreize, damit keine klimaschädlichen Investitionen mehr gemacht werden.

Auskunft:

Hans Grunder, 079 616 11 71
Werner Luginbühl, 079 481 07 69
Martin Landolt, 079 620 08 51

16.11.2018